

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
1918**

293 (19.12.1918)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-88130](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-88130)

Oldenburgische Volkszeitung

Tageszeitung für das Herzogtum Oldenburg.

Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochzeitung, Donnerstagsheft), Zentrumsorgan, erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 3.45 Mark, durch die Post frei ins Haus 3.87 Mark; zweimonatlich 2.80 M., durch die Post frei ins Haus 2.88 M.; einmonatlich 1.15 M., durch die Post frei ins Haus 1.29 M. Einzelnummern 10 Pf. Probeummern acht Tage gratis und franco.



Der Anzeigenpreis beträgt bei Anzeigen aus dem Herzogtum 20 Pfennig für die einfache Zeile oder deren Raum, bei solchen aus anderen Gegenden 25 Pfennig für die Zeile. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Annahme bis 9 Uhr vormittags. Größere Anzeigen sind stets tags zuvor einzuliefern. Telephonische Anzeigenannahme schließt jedes Reklamationsrecht aus.

Beilagen: Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft (Mittwochs), Heideblumen (Freitags).

(Das Wochenblatt für Land- und Hauswirtschaft wird während des Krieges nicht beilag.)

Nr. 293. Fernsprecher: Redaktion (5), Geschäftsstelle Nr. 5. Postfach: Hannover 7908. | Seite 1, Donnerstag, 19. Dezember 1918. | Zweiggeschäft: i. Oldenburg: W. Barckmann, Achterstraße 51, Fernspr. 1032. | 85. Jahrgang

Sturm im Berliner Klassenparlament.

WTB. Berlin, 17. Dezember.

Der Zusammenbruch.

Die Reichskonferenz der USR ist keine Vertretung des deutschen Volkes. Der den Bericht der gestrigen Sitzung liest, wird sich klar sein, daß diese Gewissen, nachdem sie das alte Deutschland zerschmettert haben, nicht insstande sind, ein neues Deutschland aufzubauen. So wie es bislang herging wird es nicht weiter gehen, wenn nicht rechtungslos in den Abgrund geschleudert werden sollen. Wenn die Berliner Rumpfsatzung ihren heutigen Reklamier mit der Heberschrift „Der Zusammenbruch“ versteht und darin liegt, die gestrige Nachmittagsfassung der Reichskonferenz war ein völliger Zusammenbruch, so muß man ihr Recht geben. Es ist tieftraurig, daß es soweit mit dem deutschen Volke gekommen ist, daß das ganze staatliche und Wirtschaftsleben auf einen Weg gedrängt worden ist, an dessen Ende der Ruin stehen muß, und zwar in nicht ferner Zeit. Die Geister, die Scheidemann und Ebert am 9. November gerufen haben, werden sie nun nicht wieder los, nein, die Massen sind ihren Führern schon längst entglitten. Mit unbeherrschlichen Tumulten wurde die gestrige Sitzung der USR geschlossen. Nachdem die schon den ganzen Tag über dauernden schmerzlichen Angriffe der Unabhängigen gegen den Rat der Volksbeauftragten abgelehnt hatten, ereignete sich zum Schluß der Sitzung Vorgänge, die alles hinter sich ließen, was wir bisher in einem Parlament erlebt haben. Mitten in die Beratungen kamen etwa 40 Soldaten mit Schindeln, die ihre Trümpelsteine beiseite räumten, und verlangten für ihren Führer das Wort. Dieser trat die (in dem nachfolgenden Bericht mitgeteilten) parlamentarischen Forderungen vor. Der Sprecher verlangte sofortigen Beschluß über diese Forderungen. Die Unabhängigen und Separatisten gaben demonstrativ Beifall, bei den Mehrheitssozialisten kam es zu großer Unruhe. Ein sozialistischer Kongreßdelegierter bat unter großer Bewegung um Vertrauen und erklärte, daß die Anträge morgen beraten werden sollten. Damit aber geben sich die Demonstranten nicht zufrieden; sie mannten und wichen nicht. Sie dehnten sich vielmehr immer weiter aus und drängten die Volksbeauftragten von ihren Plätzen weg. Sie machten aus nicht über Anhalten, von der Tribüne herab in der Saal zu springen. Ledebour geht mit aufstehenden Worten in die Mitte ein. Der Saal wädzt zum Orkan. Man kann kein Wort mehr verstehen. Selbst die Stängel des Präsidenten bringt nicht mehr durch. Ledebour schließt mit beiden Händen auf das Volk, von seinen Ausführungen aber ist keine Silbe mehr zu hören. Schließlich berich nur ein einziges, großes, wildes Schreien. Von der Präsidententribüne herab sprechen zu gleicher Zeit mehrere Delegierte auf die Versammlung ein. Es herrscht allgemeine Anarchie. Volksbeauftragte wurden beschimpft und eingezwungen; es gelang ihnen nicht. Ebert will reden, er wird niedergedrückt. Als die Mehrheitssozialisten sich daraufhin anschauen, den Saal zu verlassen, gab es einen unbeherrschlichen Tumult. Man rief ihnen zu: Schütze, Schürzen, Lumpen, und man verstellte ihnen die Türlänge. Im Saale stürmt alles wild durcheinander. In Gruppen fürzen die Delegierten mit geballten Fäusten aufeinander los. An den Rundbänken beteiligen sich auch Mitglieder der Tribüne, die während in den Saal springen. Selbst die Soldaten, die als Demonstranten erschienen waren, greifen ein; sie fallen die Hände gegen die Delegierten der alten sozialdemokratischen Partei und stoßen Verwünschungen aus. So tobte ein ungeheurer Lärm 20 Minuten lang. Schließlich kam der Volksbeauftragte Haase sprechen. Es kommt dann zur Vertagung. Morgen früh 9 Uhr soll der Antrag sofort zur Debatte gestellt werden. Damit erklären sich schließlich auch die Demonstranten einverstanden, sie lassen aber mit ihren fortgesetzten erregten Zurufen keinen Zweifel darüber und sprechen es offen aus, daß sie eventuell mit Waffengewalt für ihre Forderungen zu demonstrieren gewillt sind. Die Verhandlungen werden unter beispiellosem Lärm beendet. Die Unruhe geht aber noch weiter. Im Saale sammelt Ledebour seine Anhänger und spricht erregt auf sie ein. An anderer Stelle stehen Delegierte auf die Bänke und rufen für ihre Freunde vorwärts zu machen. Es ist alles unmöglich. Volksbeauftragte und Präsidium verlassen hastig den Saal. Wir kommen immer tiefer in den Berliner Sumpf. Die Straße regiert.

Der Vorsitzende Leinert eröffnet die heutige zweite Sitzung um 9 Uhr 20 und teilt mit, daß sich in der Versammlung eine demokratische Fraktion gebildet habe.

Die Ansprache über den Bericht des Volksrates und der Volksbeauftragten wird fortgesetzt.

Hermann Müller: Die Frage der Nationalversammlung ist immer noch nicht im Volksrat erledigt. Richard Müller hat den Volksrat diskreditiert, als er im Zirkus sprach, der Weg zur Verfassung gehe nur über seine Leiche. Auch die Penksilber Vorgänge haben den Volksrat diskreditiert. Eine Gefahr für die Revolution besteht nicht.

Ulrich: Die Revolution besteht nicht. Die Revolution hat wenig Anhang. Berlin ist nicht Deutschland. Die sozialistische deutsche Republik kann nur bestehen, wenn sie sich auf die breite Masse stützt. Das Aufheben der Sparkassenteile ist ferner für den Paritätismus und bringt Berlin als Reichshauptstadt in Gefahr.

Unteroffizier W a o b o: Der Bericht des Volksrates war ein Heresericht über den Kampf gegen die Reichsleitung; er bewogte mich in Kleingkeiten. Der Reichsrat lebt häufig in uns; aber er ist durch den Volksrat in Gefahr gekommen. Die sozialistischen Mitglieder des Volksrates hätten ihre Arbeit niederlegen müssen; sie dürfen nicht warten, bis man sie hinanknebelt. (Beifall.)

Es ist ein Antrag eingegangen, die Entlassung der Generalrevolutionäre zu beschleunigen. Ein weiterer Antrag, für die Antragsbegrenzung 20 Minuten Redezeit zu gewähren, wird abgelehnt. (Großer Lärm.)

Paß o: Unter Antrag ist folgerichtig: Festsetzung der Generale, Auflösung des lebenden Heeres, Entlassung der Offiziere, Bildung einer roten Garde zum Schutze der Revolution.

W a g m a n n (Volksrat): Es steht fest, daß von Parteien planmäßig gegen die Revolution im Lande gearbeitet wird; in Flugblättern wurde zur Lösung Kleinknechts aufgefordert.

Volksbeauftragter Dr. Landberg: An der Behauptung, General Ebert u. Anin habe zur Gegenrevolution aufgefordert, ist kein wahres Wort. General Eberhard ist sofort entfernt worden. Wir greifen rücksichtslos ein, wo Missstände bestehen. Im übrigen kann ich mitteilen, daß der Kriegsminister Ebert seine Entlassung eingereicht hat. Die Volksbeauftragten haben sofort Einberufung der Reichskonferenz verlangt. Der Verdacht, Dortmund Großindustrielle hätten sich des Landesverrats schuldig gemacht, hat sich als unbedeutend herausgestellt. Staatssekretär Schiffer war durchaus berechtigt, zu erklären, daß eine unangenehme Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht möglich sei, und daß 1 1/2 Milliarden veranschlagt worden seien. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben durchaus pariam gewirkt. Genau Rechnungslage ist aber nötig. Doch mit dem Volksrat kein Geld gegeben haben. Inq daran, daß es unmöglich war, den Geist des Volksrats anzuerkennen, der viel zu hohe Gehälter und Präfektorengehälter enthielt. Wir alle müssen die Erhaltung behaupten. Der Volksrat hat das Kontrollrecht. Im Reichsministerium haben sich neben Nerke und Wolfert noch 53 Minister als Kontrollinstanzen installiert. Die jede Arbeit unmöglich machen; sie haben sogar einen Landesverrat freigesprochen.

Le d e b o u r (Volksrat): Die obigen Ausgaben sind nicht nur zurückzuführen; Waff und andere haben sie verschwendet. Dann spricht auch die Entwertung des Geldes erheblich mit. Der Antrag auf Ablegung Eberts fuhte auf seinem Verbot, an dem blutigen Freitag. Ebert sollte zum Präsidenten ausgerufen und der Volksrat sollte verhaftet werden. Ohne Ebert wäre das Blutbad in der Chausseestraße nicht passiert. Wichtige Notizen sind unterdrückt worden. Bei der Ansetzung zum Präsidenten hätten die Soldaten in ihre Schranken zurückgewiesen werden müssen. Seine Ansturm an die Soldaten machte ihn unfähig und nicht würdig für dieses Amt. Ein Mann wie Ebert, der auf diese Weise die Leute schändlich zu weiteren Unruhen ermutigt, ist ein ungeheurer Lärm, Schläufe, Handklopfen, fortgelehtes Lärmen der Glocke, Ruf: Offiziere herans! Alles erbebt sich und droht einander. Gewaltiger Sturm auch auf der Tribüne. Un-

ter. Der Vorsitzende rügt die Aufforderungen zum Lärm. Die Vorgänge bei der Diskussion Eberts sind ein Beweis für die Gegenrevolution. Die Vereidigung in Eitelkeit erfolgte ohne Einverständnis des Volksrates. Die Eidesformel ist nicht vereinbart worden. Nach der Vereidigung ist der sechs Männer der Regierung ist es kein Wunder, daß die Soldaten sich zu Pulschern zur Verfügung stellen und den Volksrat verhaften wollten. Dittmann war früher ganz auf Seiten der Unabhängigen. Es tut in der Seele weh, daß ich ihn in dieser Gesellschaft sehe; er hat die ganze Situation nicht verstanden.

S a l w e r t - A u g s b u r g: Die Soldatenräte haben einen Einfluß erheblich gewonnen. Die Frontsoldaten werden geradezu zu gegenrevolutionären Zwecken benutzt. (Unfinn!) Offiziere gehen sie gegen die eigenen Kameraden. (Rufe: Soldatenverrat!)

Darauf tritt die Mittagspause ein. Schluß nach 1 Uhr. Die Beratungen werden um 3 Uhr 10 wieder aufgenommen. Die Besprechung der Berichte wird fortgesetzt.

S e k e r: Nach einem Telegramm aus Elberfeld wird die Vertagung der U- und S-Räte fortgesetzt. Die Regierung fordern wir auf, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um gegen die kontrarevolutionäre Kamilla vorzugehen. Kundenderruf muß vor Gericht gestellt werden.

F r e i s e - G a r b r i c k e n: Die Angst vor der Gegenrevolution kann nur bei denjenigen bestehen, die im Dunkeln gehen. Vertrauen gegen Vertrauen; wir haben es zu den Volksbeauftragten.

Ein S c h l u s s a n t r a g wird eingebracht. Die Abstimmung bleibt zweifelsfrei. Es ist ein Sammelbeschluss nötig. Es stimmen für den Schluß 373, dagegen 101.

Trotzdem erhält noch der Volksbeauftragte W a r t h das Wort: Landberg kommt immer mit der nationalen Ehre, von dieser darf aber nicht gesprochen werden. Der Grenzschutz im Osten ist eine Kleinigkeit gegen das dreifache Töten der militärischen Kamilla im Westen. Dort werden die Soldaten aufgehalten. Landberg wie Ebert wollen den Grenzschutz im Westen. Wer von einem Grenzschutz im Westen spricht, begeht ein Verbrechen am deutschen Volke. Wir verlangen, daß der Wille der Volksbeauftragten durchgeführt wird. Wer uns nicht folgt, muß nicht nur weggeführt, sondern eingesperrt werden. Die Besetzung der Westprovinzen kostet uns im Jahre 2 1/2 - 4 Milliarden Mark. Nimmt uns die Entente das Ruhrgebiet, so find mir elendig. Deshalb muß der Militärkommando ein Ende gemacht werden. Als die Minister in Berlin einzeln gehen wollen, legen sie ebenfalls in Alarmbereitschaft in der Wilhelmstr. um den Zusammenstoß des Reiches gegen 800 bolschewistische Matrosen im Schlosse zu sichern. Der Hauptmann hatte nur einen mündlichen Befehl vom Zentralkommando. Da hätte es leicht zu einem furchtbaren Blutbad kommen können. Auf Grund dieser Sache hat der Kriegsminister demissioniert; ein Beweis dafür, daß er der Dinge nicht Herr werden konnte. Der Grenzschutz muß sofort aufgegeben werden. Beschließen Sie so, so entsprechen Sie dem Ernst der Stunde. (Beifall.)

Die Debatte ist wieder eröffnet. Hieran nimmt nochmals Ebert das Wort, der ausführt, es wäre die Pflicht Warths gewesen, zurückzutreten. (Oho-Rufe.) Warth hätte als Kollege die Pflicht gehabt, uns von seinen Angriffen zu unterrichten. (Sehr richtig! Unruhe.) Was er vorgezogen hat, sind Freuden. Die ein- mal im Reich erlosch sind. Des Rabinets will ich mich nicht bedürfen, daß der Grenzschutz im Osten sofort nötig ist. Die Verhandlungen mit der Obersten Heeresleitung werden eines Grenzschutzes im Westen find noch nicht abgeschlossen. Wir müssen uns vorbehalten, wenn nicht Sicherungen beschafft werden, zu entscheiden, ob wir überhaupt noch in der Lage sind, unsere Arbeiten weiterzuführen. (Sehr großer Beifall und Handklaffen. Andauernde Unruhe.)

Die weitere Ansprache über diesen Punkt wird nach einer erregten Geschäftsordnungsdebatte abgebrochen.

Leinert teilt das Ergebnis der Besprechungen der Fraktionen hinsichtlich der künftigen Geschäftsabstimmung namentlich betr. die Worf- und die Einbringung von Anträgen mit. Anwesenden rücken etwa 80 Soldaten mit Plakaten, die ihre Formationen angeben, in den Saal ein.

Der Sprecher gibt die Forderungen der Gardebetruppen bekannt:

1. Einsetzung eines obersten Soldatenrats, zusammengelegt aus gemäßigten Delegierten aller deutschen Soldatenräte, der die Kommandogewalt ausübt über alle Truppen des Heeres, analog dem der Marine. 2. Rangabzeichen sind verboten. 3. Offiziere sind zu entwaffnen. (Wraol!) Das Verbot der Rangabzeichen aller Dienstgrade tritt ein, sobald die beimziehenden Truppen in den Kasernen die Waffen niedergelegt haben. Für die Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Vorsitzender S e e g e r: Wir nehmen die Anträge an und werden sie zur Diskussion stellen. Ein Soldatenrat erklärt, daß die Anträge zur Beratung kommen würden; heute ist es aber nicht mehr möglich. Haben Sie Vertrauen zu uns.

Es entsteht große Unruhe, die sich zu ungeheurer Lärm steigert, als Ledebour das Wort nimmt, um die sofortige Erledigung der Anträge zu fordern. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Mehrheit schlossen sich an, unter Protest den Saal zu verlassen. Erneuter Lärm. Haase ermahnt zur Ruhe und beantragt, sich heute zu vertagen und morgen an erster Stelle die Anträge zu beraten. Ohne Ansprache sei die Annahme dieser Anträge unmöglich. Die Soldaten könnten versichert sein, daß ihre Rechte vollaus gewahrt würden.

Das Haus beschließt unter tosendem Lärm die Vertagung. (Lärm)

Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr. — Schluß 6 Uhr.

Antrag auf Wahl eines provisorischen Präsidiums Deutschlands.

WTB Berlin, 18. Dez. (Drahtf.) In einem Antrag Reinerz, der der Reichskonferenz heute vorgelegt werden soll, wird verlangt, am 29. Dezember einen Präsidenten der provisorischen Republik Deutschlands zu wählen, dessen Amtsdauer dann noch selbst ein Ende findet, wenn ein neu gewählter Präsident sich bereit erkläre, das Amt zu übernehmen.

Auflösung des Berliner Volksrates?

Berlin, 17. Dez. Der Volksrat von Groß-Berlin soll — wie nach dem Vor-Anz. verlautet — beabsichtigen, sich im Laufe des heutigen Tages aufzulösen. Er wird damit dem neuen Volksrat für das ganze Reich Platz machen, der durch die Reichsversammlung der USR, gewählt werden soll.

Das neue Deutschland.

Protest der preussischen Bischöfe gegen die Entgründlichung der Schule.

Namens des preussischen Episkopats hat Kardinal von Hartmann an die preussische Regierung in Berlin folgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, den 16. Dezember 1918.

Gegen die Entgründlichung der Schule, welche durch die an die Provinzialhochschulcollegien und Regierungen gerichtete Verfügung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 29. November d. Js. — U 2 Nr. 1941 U 2 W pp. — angeordnet wird, erheben die Bischöfe Preussens voll Schmerz und Enttäufung laut und feierlich Protest.

Insbesondere verurteilen wir die Willkür, die in der Verfügung zulage tritt. Denn die dadurch getroffenen Bestimmungen betreffen nicht etwa bloß einzelne Einrichtungen in der bestehenden Schulordnung, sondern sie stoßen eine von allen bisherigen preussischen Lehrplänen unverbrüchlich festgelegene und geschulte Grundlage der Schulerziehung vollständig um. Selbst die in den ärgsten Dürren des sog. Kulturkampfes angeordneten Maßnahmen haben sich nicht so rücksichtslos über die gewöhnlichen Rechte und Ansprüche des katholischen Volkes und der Kirche hinweggesetzt. Wir verurteilen ferner das Ziel der gedachten Bestimmungen, das unannehmbare Bestehen, dem christlichen Volke die Schule ohne Gott als einzige Form aller öffentlichen Unterrichtsanstalten aufzuheben.

Wir verurteilen die Bestimmungen wegen ihrer unaussprechlichen Wirkungen; denn sie führen zu der schwersten Gewissensbedrängnis der katholi-

igen Eltern, die ihre Kinder nur einer in christlichen Geiste geleiteten Schule anvertrauen wollen, und nur Lehrern, deren Wandel und Lehre mit diesem Geiste nicht in Widerspruch stehen.

Wir beurteilen endlich die Bestimmungen zugrunde liegende verheißt Auffassung von der Aufgabe der Schule und halten daran fest, daß die öffentliche Schule gemäß ihrer Idee zur Bildung des ganzen Menschen, also auch zur Förderung seines religiösen Lebens verpflichtet ist. Dazu gehört aber neben dem Religionsunterrichte auch die Religionsübung in gemeinschaftlichem Gebet, Gottesdienst und Sakramenteneignung. Der Hauptzweck der religiösen Erziehung der Schule ist eine Entfaltung derselben und ein bedauerlicher Rückfall in den Schulbetrieb der einseitigen Verdämsung unter Verkümmern des Gemüths- und Willenslebens.

Nie und nimmer wird das katholische Volk es sich gefallen lassen, daß anstelle der christlichen Religion, des katholischen Glaubenslebens und der Religionsübung ein von Gott und Christus losgerissener kaiserlicher Moralunterricht gesetzt wird.

Namens der Bischöfe Preussens: Felix Kard. von Hartmann, Erzbischof von Köln.

Der Wahrheit die Ehre.

Wir erhalten aus Wilhelmshaven folgende Zuschrift:

„Ich schicke meinen Ausführungen voraus, daß ich mich der bestehenden Gewalt unterwerfe; aber darum möchte ich doch, daß im neuen Freistaate der Wahrheit die Ehre gegeben wird.“

Am „Wilhelmshavener Tagblatt“ vom 14. Dez. 1918 erschien ein Eingekandt mit der Ueberschrift: „Gehälter der Offiziere und Soldatenräte“, und zugleich eine Erwiderung des Arbeiters- und Soldatenrats. Diese echt sozialdemokratische Widerlegung, die offenbar mit dem Gehaltsentwurf und Zustimmung der meisten Leser rednet, ist sehr interessant wegen der zahlreichen Verdrehungen und Verrentungen der Wahrheit, die darin vorkommen.

Die Angaben über die Höhe der Bezüge des 21er Rates kann ich nicht nachprüfen, da der 21er-Rat wohl nur allein deren Höhe kennt.

Am zweiten Tage heißt es, daß die Mitglieder des 21er-Rates „durchschnittlich 20 Stunden pro Tag angestrengt arbeiten.“

Wenn die Mitglieder des 21er-Rates durchschnittlich 20 Stunden pro Tag angestrengt arbeiten, dann bezweifle ich, daß die nächsten vier Wochen überleben, und dann sind die genannten Bezüge mindestens zu veralten, um ihnen eine angemessene Entschädigung dafür zuzumessen zu lassen, daß sie ihr Leben im Dienste des Vaterlandes opfern. — Vielleicht aber liegt es an der mangelhaften Vorbildung der Mitglieder, daß sie über die Arbeit so lange Zeit zubringen müssen, dann wäre es vielleicht angebracht, daß sie tüchtigeren Kräften die Arbeit überliefern. Man soll von niemandem etwas verlangen, das über seine Kräfte geht.

Einige Sätze weiter heißt es: „Ein Leutnant ist ein Lehrling. Als Lehrling heiratet man nicht.“ Da bin ich anderer Ansicht. Ein Leutnant muß ein ganzer, ein tüchtiger Mann sein, da er erwachsene Männer führen soll. Das ist einer der größten Fehler der früheren Regierung, daß manchmal Lehrlinge Offiziere geworden sind. Es ist eine löbliche Auffassung, daß Leutnants und Oberleutnants (Bezieher von 125 A Monatsgehalt) Lehrlinge seien. Wie lange sollen diese Herren denn Lehrlinge bleiben? Erst müssen sie das Gymnasium absolvieren, dann drei Jahre als Kadetten und fähigste herunehmen, und dann erst werden sie Offiziere. Die Mitglieder des 21er-Rates müssen sich doch für sehr gekümmerte Leute halten, da sie nach ihrer eigenen Meinung ohne Bezahlung die Stellen von Admiralen einnehmen und verwalteten können.

Ferner heißt es: Die Personen, die während des Krieges die Posten des jetzigen 21er zu versehen hatten, ... Nach meiner Meinung haben wir vor der Revolution gar keine Leute gehabt, welche die Posten des jetzigen 21er zu versehen hatten. Vor der Revolution hatten wir nur Offiziere und Beamte, die für ihre Stellen in jahrelanger Arbeit vorbereitet waren. Wofür Aufwandsbeamtete, die von der ganzen Verwaltung nicht verstehen, wie es die 21er, doch tatsächlich nicht, hatten wir vor der Revolution überhaupt nicht.

Ferner heißt es: Da es bisher nicht üblich war, sich darum zu kümmern, wie der gemeine Mann mit seiner Familie sein Dasein während der Kriegsjahre fristete. Nicht bloß der gemeine Mann, 95 Prozent des ganzen Volkes haben große Entbehrungen ertragen müssen. Und diese Entbehrungen haben auch jetzt noch nicht aufgehört trotz der glorreichen Revolution; sie sind im Gegenteil größer geworden und zeigen das Gesicht der Jungensnot. Die frühere Regierung hat große Fehler gemacht, aber der Beweis, daß sie sich um den gemeinen Mann überhaupt nicht gekümmert hat, ist nicht erbracht und kann gar nicht erbracht werden. Bisher hat die vorläufige Regierung einige kleine Missethate begangen, aber manche noch viel größere beabsichtigt. Der Beweis dafür, daß sie es besser versteht, für das Volk zu sorgen, muß noch gebracht werden. Bislang ist in dieser Beziehung noch nichts erwiesen.

Mit ähnlichen Ueberreibungen, Verdrehungen und Verlegen geht es weiter durch den ganzen Artikel. Es ist mir zu zeitraubend und wenig interessant, alles zu widerlegen und zurecht zu stellen. Es dürfte doch angebracht sein, daß der 21er-Rat in seinen Berichtigungen nächstens etwas weniger die Ueberredungskunst und etwas mehr die Wahrheit sprechen ließe, dann würde der Erfolg bei denkenden Leuten vielleicht durchschlagender sein.“

Kirchenänderung und Volkseifer.

Aus Wilhelmshaven schreibt man uns: In der Nacht vom Donnerstag auf Freitag der

letzten Woche wurde ein Einbruch in die kathol. Garnisonkirche zu Wilhelmshaven verübt. Die Schränke und Schubladen der Sakristei wurden durchwühlt, um den Tabernakelschlüssel zu finden. Geflohen wurde nichts. Der beim Hauptaltar wurde die Kirche in der unsäglichsten Weise beschändet. Auf die Tabernakel, die man nicht hätte öffnen können, hatte man einen Zettel gelegt, mit der Aufschrift: „Heute gibt es Lump noch Schwein gehabt.“ Mögen doch alle Herren Pfarrer ihre Tabernakelschlüssel in gute Obhut nehmen.

Die Spartakusleute liefern die Waffen nicht aus.

TU Berlin, 17. Dez. Telegraphische Auforderungen der Spartakusgruppe an die Vertrauensmänner verlangen den Anschluß der Arbeitererschaft der deutschen Großstädte an den Berliner Demonstrationstreit. Die Aufforderung der Regierung, die Waffen abzuliefern, hat weder in Berlin, noch in den Vororten zu dem geringsten Resultat geführt; gleiche negative Resultate werden aus den größten deutschen Industriezentren gemeldet.

Die große Transportnot Deutschlands.

Berlin, 17. Dez. Die Lage unseres Transportwesens, die infolge der überstürzten Demobilisation schon außerordentlich kritisch war, hat sich in den letzten Tagen noch weiter verschärft. Die kommenden Wochen werden daher unter einer schweren Transportnot gehen. Die Gründe liegen darin, daß die Mannschaften des Heeres des bevorstehenden Weihnachtsefes wegen beschleunigt abtransportiert werden, andererseits in der Unzulänglichkeit der Ablieferung der Lokomotiven. Vom 17. bis 26. Dezember müssen 1100 Lokomotiven, vom 27. Dezember bis 6. Januar 1700 Lokomotiven, und vom 28. Januar bis 16. Februar weitere 1700 Lokomotiven abgeliefert werden. Die Entente-Kommission verfährt in der Abnahme sehr peinlich. Sie weist Lokomotiven zurück, die nur kleine Mängel aufweisen. Daher müssen fortwährend aus Werstätten und aus dem Verkehr Lokomotiven herausgezogen werden. Die Folge davon ist, daß der Zielverkehr in den nächsten Tagen um weitere 50 Prozent herabgemindert wird. Vom 20. Dezember ab sind keine nur noch auf beschränktem Ersatzverkehr zulässig. Die Regierung mahnt insbesondere, keine Weichschienen zu unternehmen. Die Einschichtungen müssen vorgenommen werden, weil die Entente die Forderung gestellt hat, daß, falls die Ablieferung nicht pünktlich erfolgt, weitere 500 Lokomotiven abgegeben werden müßten.

Die Entschärfung der sächsischen Volksschule.

Aus Dresden wird gemeldet: Der Volksbeauftragte, Kultusminister Bud, teilt am Sonnabend abend in einer Verlesung der Lehrerschaft des Bezirks Ruhlen mit, daß nächste Woche eine Verordnung erlassen werde, die einschneidende Reformen für das sächsische Volksschulwesen bringt. Danach fällt von Ostern 1919 ab in den Volksschulen und Fortbildungsschulen das Schulgebot weg. Von dem gleichen Zeitpunkt ab sind alle Volksschulen zur allgemeinen Volksschule (Einheitschule) umzugestalten. Damit werden Simultanschulen allgemein eingeführt. Der Religionsunterricht soll erteilt werden, daß er keine Konfessionen verletzen wird. Die Genehmigung von Privatschulen kann in Zukunft nicht mehr erteilt werden.

Der sächsische Kultusminister stellt sich dem Berliner Hoffmann nicht nur würdig an die Seite, nein, er übertrumpft ihn noch mit seiner Vergewaltigungspolitik. Mit der Umgestaltung der Volksschulen zur Einheitschule, die ohne Befragen des Volkes einfach betreibt wird, wird die unglückliche sozialdemokratische Zwangsschule, die wir aus dem Programm der Sozialdemokratie kennen, eingeführt. Ein gemeinsamer Religionsunterricht nach dem konfessionslos sein, also ein konfessionsloser Moralunterricht, den jeder Christ auf das allerhöchste ablehnen muß. Der Erlaß würde zweifellos illusorisch sein, wenn nicht die sozialdemokratische „Freiheit“ ferner ginge, die Unterrichts-freiheit einfach zu beseitigen durch Verbot der Privatschulen. Also in dieser konfessionslosen Schule sollen alle Kinder einfach hineingeworfen werden. Elternrechte, Rechte der Kirche, alles wird durch einen „Erlaß“ einfach in die Ecke gestellt. Vergewaltigung ist die Parole. Wer jetzt noch nicht sieht, wohin der Weg geht, der ist blind. Und wer z. B. die Forderungen der ungläubigen sächsischen Lehrerschaft in Bezug auf Religionsunterricht usw. kennt, der wird sich klar sein, wie die christliche Schule vernichtet werden wird. Aber das kümmert die Genossen nicht, es ist ja ihr Ziel, sie werden ihren Weg gehen bis zum — Ende. Christliches Volk, wehre dich gegen die Vergewaltigung deiner heiligsten Rechte! Was hast du Zeit!

Das Wilhelmshavener Tebataillon entfernt rote Fahnen mit Gewalt.

Aus Wilhelmshaven wird uns unter dem 16. Dezember geschrieben: Zu großen Kundgebungen des Bürgerturns kam es heute anlässlich der Rückkehr unseres Tebataillons aus Glandern. Eine gewaltige Menschenmenge hatte sich am Bahnhofe versammelt, um die tapferen Krieger zu begrüßen. Ein Mitglied des 21er, hielt eine Ansprache, fand aber damit recht wenig Gegenliebe. Dann setzte sich der lange Zug in trauriger Ordnung in Bewegung, die geschlossene Fahne voraus, die Offiziere an der Spitze, von unendlichem Jubel begrüßt. Der Marsch durch die mit deutschen Fahnen reich geschmückten Straßen unter den Klängen der guten alten Kampf- und Siegesmärsche gleich einem Triumphzuge. Man konnte es deutlich der

ansehenden Haltung und dem Gesichtsausdruck der einzelnen Soldaten erkennen, daß sie sich nicht als belagerte Truppe fühlten. In diesen Gassen wurde man zu, daß sie mit ihrer Fahne unter dem Zeichen der roten Internationale in die Kaserne gehen wollten! Als der Zug nämlich an der Kaserne ankam, zeigte es sich, daß hier noch immer auch dem Turm und über dem Portal die rote Fahne hing. Sofort machte das Bataillon geschlossenen Schritt und verlangte die Entfernung der beiden Fahnen. Verhandlungen führten nicht zum Ziel, und so wurden schließlich die Fahnen unter dem brandenden Beifall der ganzen Volksmenge mit Gewalt entfernt. Dann erst rückte das Bataillon unter den Klängen des Fredericus rex im strammen Marschschritt in die Kaserne ein. Freudliche Zeichen der Zeit!

Sonstige Nachrichten.

Eine große Kriegsausgabe, die 30—50 Milliarden Mark erbringen soll, wird geplant.

Die deutschen Verluste im Kriege betragen bis zum 30. November 1918: 1 600 000 Tote, 202 000 Vermisste, 618 000 Gefangene, 4 034 000 Verwundete. Offiziere sind 58 500 gefallen. Gefallen, verwundet, erkrankt usw. sind über 200 000 Offiziere.

Die Fiskerei in der deutschen Bucht ist in der Grenze: Jorvisgriff—Feuerschiff—Hegeland—Borlump—Wiff—Feuerschiff—Wester—Ems—Feuerschiff und Ermündung freigegeben worden. Eine Freigabe für die Ostsee ist noch nicht erfolgt. Staatssekretär Dr. Solf ist zurückgetreten. Ein Nachfolger ist noch nicht ernannt.

Eine Einstellung des baltischen Vortruges gegen die Baltischen Länder soll erreicht sein, vorläufig durch Abschluß eines Waffenstillstandes bis zum 20. Dezember.

Hg. Paasche, der bisherige Vizepräsident des Reichstages und bekannter nationalliberaler Politiker, beschäftigt sich zum politischen Leben zurückzugehen.

Zum Waffenstillstand.

Italien, Frankreich und die Rheinfrage.

SI. Genf, 17. Dezbr. Unter der Ueberschrift „Die Rheinfrage“ veröffentlicht der dem Vatikan nahestehende Corriere della Sera einen Artikel, der in den Pariser Regierungskreisen das größte Aufsehen erregt. In dem Artikel wird der Standpunkt vertreten, daß nach dem italienischen Interesse die Rheinfrage in dem Sinne gelöst werden müsse, daß die Franzosen nicht an den Rhein gelangen dürften, da dieser Standpunkt in imperialistischen Wünschen gelegen sei. Der Artikel zieht den Vergleich, daß, wenn die Franzosen an den Rhein gelangen würden, es das gleiche sei, als wenn die Italiener über die Donau bringen würden. Auch England sei im Verein mit Italien gegen die Festsetzung der Franzosen am Rhein gebeten.

Der Pariser „Sempis“ kommentiert den Artikel als einen Versuch des Vatikans, Unfrieden zwischen Italien und Frankreich zu säen.

Neue Erpressungen der Entente.

TU Haag, 17. Dez. Hollands Neues Büro meldet aus Paris: In Frier wurde bei der Erneuerung des Waffenstillstandes ein Abkommen unterzeichnet, das folgende Paragraphen umfaßt: 1. Deutschland soll ohne vorherige Bewilligung der Alliierten nicht über seine Metallvorräte, seine Forderungen an das Ausland oder über seine ausländischen Wertpapiere, gleichgültig, ob sie der Regierung, den Sparkassen, Privat- oder Agenten gehören, verfügen. 2. Deutschland verpflichtet sich, in Uebereinstimmung mit den Alliierten Maßnahmen zu treffen, um so schnell wie möglich die Interessenten in die Lage zu versetzen, Entschädigungen zu verlangen für die verlorenen oder gestohlenen Werte im besetzten Gebiet und um wieder in den Besitz von Industriebetrieben zu kommen. 3. Deutschland verpflichtet sich unter bestimmten Bedingungen die Forderungen der Gläubiger über ihr Privateigentum in keiner Weise einzuschränken.

Der Papst auf der Friedenskonferenz.

TU Wien, 17. Dez. Der „Papstpost“ zufolge beschäftigt sich der Papst mit einem umfassenden kirchenpolitischen Programm, das der Friedenskonferenz vorgelegt und die Arbeit der Konferenzteilnehmer für den geistigen Dauerfrieden zwischen den Völkern ergänzen und vertiefen soll. Im Zusammenhang mit diesem allgemeinen Programm, welches die 14 Punkte Wilsons auf das religiöse Leben sinngemäß anwendet, fällt auch die Lösung der römischen Frage, weshalb der Papst Anspruch auf die Teilnahme an der Friedenskonferenz erhebt.

Das amerikanische Friedensprogramm.

TU. München, 17. Dez. Ein vom Münchener Junktum ausgehendes drahtloses Telegramm über das amerikanische Friedensprogramm, das vom Eisselturm verbreitet wurde, belagt folgendes: Von Paris an alle! Das Friedensprogramm der Vereinigten Staaten. In einer am Mittwoch in Baltimore gehaltenen Rede erklärte der Marine-Sekretär Daniels: Die Vertreter der Vereinigten Staaten auf der Friedenskonferenz werden weder Land noch Entschädigungen fordern. Sie werden darauf bestehen, daß in Ausführung des Vertrages Maßnahmen getroffen werden, die den kleinen Nationen das gleiche Recht zugestehen wie den großen, und daß alles aus dem Wege geräumt werden müsse, was einen neuen Krieg heraufbeschwören könnte.

Sonstige Nachrichten.

Die Sperrung der deutschen Bencenausfuhr soll auf zwei Jahre von den Alliierten durchgeführt werden (?).

Das russische Gold ist nach Paris überführt worden.

England soll nach der „Daily Mail“ nicht abgeneigt sein, für die Schadenersatzforderungen Englands und der Kolonien an Deutschland einen Teil der deutschen Kriegsschiffe zu erwerben.

In Mecheln (Belgien) haben die Deutschen unter der wertvollen Beute 6 Millionen Mark Bargeld zurückgelassen.

Die Times legt, daß in der Frage der Freiheit der Meere zwischen England und Amerika kein Gegenstand besteht.

Italien beantragt nach einem Beschluß des Senats die Oberbeherrschung in der Adria.

Die Alliierten lehnen eine Internationalisierung der deutschen Kolonien ab und halten den gütlichen Ausschluß Deutschlands aus afrikanischen Kolonialbesitz für geboten.

Wilsons Reise hat nach dem Manchester Guardian nur den Zweck, für einen Frieden auf Grund der 14 Punkte einzutreten. Wilson würde nicht den äußersten Druck auf die Alliierten ausüben.

Köln wird am 18. Dezember an die Engländer offiziell übergeben.

Rumänien hat den Waffenstillstand gebrochen und ist über die Demarkationslinie hinaus vorgezogen. Dagegen wurde scharfer Protest eingelegt.

Wiesbaden ist von französischen Truppen besetzt worden.

Frankreich.

Vorherrschende Erklärungen Clemenceaus.

MRB. Bern, 17. Dez. (Draht.) Nach einer Meldung des Nowelle de Lyon dürfte Clemenceau heute schon Erklärungen über die allgemeine Politik abgeben.

Die in der französischen Presse über die Zusammenkunft der Friedensdelegation veröffentlichten Meldungen sind falsch. Näheres wird erst nach einer Besprechung der einzelnen Ententestaaten festgelegt werden.

Frankreichs Verluste an Toten.

MRB. Bern, 18. Dez. (Draht.) Der „Information“ zufolge teilte Tardieu mit, daß Frankreich im Kriege 1 800 000 Tote gehabt habe.

Aus Oesterreich-Ungarn.

Aus der südslawischen Sozialdemokratie.

MRB. Ungarn, 17. Dez. (Draht.) Die südslawische sozialdemokratische Partei veröffentlicht ein Programm, das sich für die Wiederherstellung der Internationalen und für die Sicherstellung der sozialen Revolution ausspricht. Die Partei erklärt sich für einen südslawischen Einheitsstaat.

Berühmte Nachrichten.

Dank der deutschen Internierten.

MRB. Aus dem Haag, 17. Dez. Der Vertreter der Abteilung des Kriegsministeriums für Kriegsgefangene bei der deutschen Gesandtschaft, Hauptmann von Gebden, teilt mit, daß die bisher in Holland internierten deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen eine Adresse an die Königin gerichtet haben, in der sie für die in Holland genossene Großfreundschaft ihren Dank aussprechen. Der deutsche Gesandte Dr. Wolf hat dem holländischen Ministerium des Auswärtigen den Dank der deutschen Regierung für alles, was im Interesse der deutschen Internierten getan wurde, übermittelt.

Billige französische Deutschenhefe.

MRB. Bern, 18. Dez. (Draht.) Progres de Lyon berichtet aus Metz: Am Abend des 8. Dez. wurden nach der Abreise des Präsidenten Poincare sechs Gefäße gepflündert. Einer Erklärung des Gouverneurs von Metz zufolge waren Deutsche (?) an den Unruhen beteiligt. Sie sollen vor ein Kriegsgericht gestellt und wegen Milderung zur Zwangsarbeit (?) verurteilt werden.

Kleine Nachrichten.

Im Ruhrgebiet streiken jetzt rund 20 000 Mann. Admiral Castro wurde zum vorläufigen Präsidenten Portugals gewählt.

625 Militärpersonen und 34 Schwefel sind aus Konstantinopel in Berlin eingeflossen.

Die amerikanische Schlachtschiffe hat die britischen Gemässer verlassen und ist nach Hause zurückgekehrt.

Wilson will, wie verlautet, das Weihnachtsest bei den amerikanischen Truppen in Frier feiern.

Das deutsche Kaiserpaar ist schwer erkrankt. Der Zustand der Kaiserin hat sich bedeutend verschlimmert.

Eine holländische Konferenz unter dem Vorbehalt der Königin hat die Verpflichtung der Niederlande, den deutschen Kaiser auszuliefern, verneint.

Madenen hat in die Waffenmilderung seiner Armee eingewilligt.

Die Italiener haben in den Häfen Dalmatiens große Truppenmengen gelandet, in Sebenico allein 12 000 Mann.

Clod George verfügt im neuen englischen Parlament über eine Mehrheit von 115 Stimmen über alle Oppositionsparteien.

Sämtliche Eitendauer Spaniens haben die Ar-

Sünnig bitten wir alle Kinderfreunde unserer lieben armen Kleinen Weihnachten nicht zu vergessen. St. Josefsheim, Vechta i. Oldg. am Bremerort.

Zentrums-Versammlung zu Goldenstedt

am Donnerstag, dem 19. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Klostermann'schen Saale. Vorträge über die Wahl zur Nationalversammlung und zur heiligen Lage. Ergänzung des Gemeindeauschusses durch Auswahl von Frauen und weiteren Parteimitgliedern. Hervorragende Redner sind gewonnen. Alle Männer und Frauen der Gemeinde werden hiermit dringend eingeladen.

Der Vorsitzende des Gemeindeausschusses.

Geben erschienen das Handbuch über Das Wahlrecht für die Nationalversammlung.

Im amtlichen Auftrage herausgegeben und erläutert von Dr. Alfred Schulze, Geheimem Oberregierungsrat und vortragendem Rat im Reichsamt des Innern.

Klar und sachlich dargestellt, ist es für jedermann ein unentbehrlicher Ratgeber für die bevorstehenden Wahlen. Zum Preise von 3.40 M. zu beziehen durch die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Pferdeversteigerung

Am 23. Dez. 1918 um 10 Uhr vorm. findet in der Longierhalle in Vechta die öffentliche Versteigerung von etwa

90 arbeitsfähigen Pferden des Infanterie-Regts. Nr. 65 statt. Händler sind von der Versteigerung ausgeschlossen.

Infant.-Regiment Nr. 65 in Vechta.

Pferde-Verkauf.

Am Sonnabend, dem 21. Dezember 1918, vormittags 9 Uhr, sowie am Montag, dem 23. Dezember 1918, vormittags 8 1/2 Uhr werden in Wiltschhausen, Marienpl., jedesmal etwa

100 brauchb. Arbeitspferde, am Dienstag, dem 24. Dezember 1918, vormittags 8 Uhr, werden in Döblingen ebenfalls

100 brauchbare Arbeitspferde öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert. Bezahlung kann auch in Kriegsanleihe zum Nennwert erfolgen.

Der Verkauf erfolgt nur an Pferdebesitzer, die einen Dringlichkeitsausweis (Pferdekarte) von der zuständigen Behörde vorgelegt haben. Händler sind vom Kauf ausgeschlossen. Halfter der Ställe sind mitzubringen.

Feldartill.-Regt. Nr. 59.

Pferde-Verkauf.

Am Mittwoch, dem 18. Dez. und Donnerstag, dem 19. Dezember, vormittags 9 Uhr, kommen auf dem Pferdemarkttag in Oldenburg

je ca. 150 Pferde

leichteren und schwereren Schlages aus den Beständen hiesiger Truppenteile öffentlich meistbietend zum Verkauf. Zum Kauf werden nur solche Interessenten zugelassen, welche durch einen Ausweis, vom Gemeinde- bezw. Amtsvorstand ausgestellt, nachweisen können, daß die Pferde nur für eigenen Betrieb erstanden werden sollen. Inhaber von vorbestimmten Ausweisen, sowie roten und weißen Pferdearten haben beim Kauf Händler gegenüber dem Vorkauf. Halfter und Ställe sind vom Käufer mitzubringen.

Der Verkauf von Zuchstuten wird nach wie vor durch die hiesige Landwirtschaftskammer geregelt und sind wesbezugsliche Kaufanträge nach dort zu richten.

J. A. des Garnisonkommandos: Die Pferdeverkaufskommission. Brauer, Hiele.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, dem 20. Dezember 1918, nachmittags 1 Uhr gelangen in der Wohnung der Ehefrau des Pächters Fr. Lüding zu Autten eine eigene Karische und eine anderer eigener Gehrent öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf. Diers, Gerichtsvollzieher in Vechta.

Die Zigarren-Fabrik

von **Karl Wilhelm** Bremen Verkaufsstelle Vechta Große-Strasse 40 empfiehlt als

Weihnachts-Gelchenke Zigarren in Kisten

zu 25, 50 und 100 Stück zum Preise von 35 Pfg. pro Stück auswärts.

Vin aus dem Felde zurückgeführt und liefert wieder

Stimmungen u. Reparaturen

aus. **Georg Krzyzelenski**, Klaviermacher und Stimmer, Oldenburg, Gertrudenstr. 15.

Knaben-Bekleidung

Kieler-Anzüge Kieler-Mäntel Falten-Anzüge Loden-Mäntel Samt-Anzüge Hosen-Blusen

Nur gute Qualitäten in blau und farbig.

M. Schulmann

Oldenburg, Achternstr. 38.

Neue Herren- u. Damenfahräder.

Reparaturen an Fahrrädern aller Fabrikate schnellstens. Lager in sämtlichen Ersatz- und Zubehörteilen. Gute brauchbare Ersatzbereifung. Schlauche (Friedensware) noch vorrätig. Elektrische Taschenlampen, Fahrradfarndlaternen, Hauslampen u. s. w.

Georg Rosske, Fahrradfabrik, Vechta.

Praktisches Weihnachtsgeschenk

ist ein Sparbuch der Quakenbrücker Bank Hermans & Cie. Zins 4% fest.

Nach mehr als 3-jähriger chirurgischer Ausbildung habe ich meine

Praxis

wieder aufgenommen. Sprechstunde mittags von 12-1 Uhr. Sonntags bin ich nach 1 Uhr nachmittags nur in dringenden Fällen zu sprechen. Meine Wohnung befindet sich jetzt gr. Kirchstraße 38a

Dr. med. Kokenge.

Suche eine, gebraucht, gut erhaltenen

Kochherd

zu kaufen. Angebote unter Nr. 10 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zigaretten

büßig im engros. **Hoinrich Loiber, Damme i. O.**

Den geehrten Bewohnern von Mählen und Umgegend zur gest. Kenntnisnahme, daß ich dem Seeresdienst entlassen und in der Wohnung des Herrn Pundiat ein

Schuhmacher-Geschäft

eröffnet habe und bitte, mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen. **Kreke, Schuhmacher.**

Zentrums-Versammlung

für Südlöhne und Ehrenlohn am Donnerstag, dem 19. Dezember, nachmittags 2 Uhr in Veim. Bödings Erbhause zu Südlöhne, nachmittags 5 Uhr für Nordlöhne und Wängel in Hinners Erbhause in Nordlöhne. Am Freitag, dem 20. Dezember für Brodlohn 1 und 2 und Niesel in Jeller Erenlamps Erbhause in Brodlohn 2 um 3 Uhr nachmittags. Am Sonntag, dem 22. Dezember für Wolern und Wärschendorf in Wulfings Erbhause in Bolern um 4 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

- 1. Vortrag über unsere Aufgaben der Gegenwart.
- 2. Ergänzungswahl zum Gemeindeauschub. Alle wahlberechtigten Frauen und Männer der Gemeinden wollen sich zahlreich und pünktlich einfinden.

Der Vorsitzende des Gemeindeauschusses. **Hempelmann.**

Gemeinde Dinklage. Karbid-Verteilung.

Auf Wunsch der weissen Karte wird 1 Pfd. auf Wunsch der roten, blaue und blauen Karte 2 1/2 Pfd. Karbid bei A. Kamphaus bereit. Abgehoben gegen 24. Dezember. Dinklage, den 17. Dezember 1918. Der Gemeindevorstand.

Holz-Verkauf

in Strohe bei Langförden. Am Samstag, dem 28. Dezbr. 1918, nachmittags 1 Uhr beginnend, läßt die Witwe Jelliner H. Dieter zu Langförden in ihrem Holzbestande in Strohe **100 Nummern Brennholz u. 100 Nummern Eichen,** Zimmer- und Boholz und Kiehpfähle öffentlich meistbietend auf Zahlungsfrist verkaufen. Käufer ladet ein. **Vechta. B. Menke.**

Todes-Anzeige.



Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, heute morgen 11 Uhr unsern guten Vater, Schwiegervater, Großvater u. Onkel

Carl Giswiel

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, stiers geliebt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, im 84. Lebensjahre.

Um ein andächtiges Gebet für den lieben Verstorbenen bitten.

Die trauernden Angehörigen.

Dinklage und Salzbergen, den 17. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet statt in Dinklage am Freitag, dem 20. Dezember, morgens 9 Uhr, wozu Verwandte und Bekannte eingeladen werden.

Marianische Jünglings-Kongregation zu Haldorf.

Zu der Beerdigung der Leiche des Kongregansisten

Clemens H. Bornhorst,

welche am Freitag, dem 20. Dez., morgens um 9 1/2 Uhr stattfinden, werden alle Kongregansisten der Gemeinde Haldorf hiermit freundlichst eingeladen.

Der Präses.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute abend unsere liebe Tante und Großtante, die Sodalin

Bernardine Trenkamp

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Sie starb nach kurzer Krankheit, wohl vorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel und gestützt mit den hl. Sterbesakramenten im Alter von 83 Jahren. Um ein andächtiges Gebet für die liebe Verstorbene bitten.

Die trauernden Angehörigen. Familie August Sieve. Brodlohn bei Lohne.

Die Beerdigung findet statt am Freitag morgen 10 Uhr in Lohne, wozu Verwandte und Bekannte und die Sodalkinnen eingeladen werden.

Todes-Anzeige



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, gestern nachmittags 4 Uhr meinen lieben Bruder, unsern guten Onkel und Großonkel, den Sodalen

Anton gr. Krogmann

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb nach kurzer Krankheit im 74. Lebensjahre. Dieses allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht mit der Bitte um ein Gebet für den teuren Verstorbenen.

Die trauernden Angehörigen. Holtshausen bei Steinfeld und Kröge bei Lohne, den 16. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 20. d. Mts., morgens 10 Uhr in Lohne, wozu hiermit eingeladen wird.

Sollt jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratsschlusse gefallen, unsern innigstgeliebten Sohn, unsern herzerguten Bruder, den Kongregansisten

Clemens kl. Bornhorst,

Gefreiter der 3. Komp. M.-G.-Abt. Nr. 67, Inhaber des Eisernen Kreuzes, Friedrich-August-Kreuzes und bayer. Verdienstkreuzes, im 24. Lebensjahre nach kurzer, heftiger Krankheit, wohl versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Nachdem sein ältester Bruder Heinrich im ersten Kriegsjahre dem Heldentod sterben mußte, hat er drei Jahre die schwersten Kämpfe und Entbehrungen ertragen. Er kam am 7. Dezember, nach großen, anstrengenden Märschen von der Truppe entlassen, erkrankt in der Heimat an und wurde die Freude der Angehörigen schnell in tiefe Trauer verwandelt.

Wir bitten der Seele des Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Die trauernden Eltern u. Geschwister. Haldorf, 16. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 20. Dez. vom Trauerhause aus statt. Sollte jemand aus Versehen keine besondere Nachricht erhalten haben, so bitten wir diese als solche ansehen zu wollen.